

ORDNUNG ÜBER DAS VERFAHREN DER ZULASSUNG- UND WIDERRUF DER ZULASSUNG AN DER BERUFSAKADEMIE SACHSEN (ZULASSUNGSORDNUNG) vom 22.01.2019

Gemäß § 5 Abs.1 S. 2 des Gesetzes über die Berufsakademie im Freistaat Sachsen (Sächsisches Berufsakademiegesezt (SächsBAG) vom 09. Juni 2017 (SächsGVBl. S.306) erlässt die Berufsakademie Sachsen (BA Sachsen) die folgende Ordnung.

Inhaltsübersicht

Abschnitt 1: Allgemeines und Zugang

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Zulassung, Immatrikulation, Widerruf der Zulassung/Exmatrikulation
- § 3 Festsetzung der Studienplatzkapazitäten
- § 4 Zugang
- § 5 Zulassung

Abschnitt 2: Zulassung von Studienbewerber_innen mit inländischem Bildungsabschluss

- § 6 Zulassungsverfahren
- § 7 Zulassungsbescheid

Abschnitt 3: Zulassung von Studienbewerber_innen mit ausländischem Bildungsabschluss

- § 8 Nachweis gleichwertiger ausländischer Bildungsabschlüsse
- § 9 Nachweis der sprachlichen Studierfähigkeit
- § 10 Zulassungsverfahren / Zulassungsbescheid

Abschnitt 4: Immatrikulation / Beendigung des Studiums

- § 11 Immatrikulation
- § 12 Mitwirkungspflicht
- § 13 Widerruf der Zulassung
- § 14 Verarbeitung personenbezogener Daten

Abschnitt 6: Schlussbestimmungen

- § 15 Inkrafttreten / Außerkrafttreten

Abschnitt 1: Allgemeines und Zugang

§ 1

Geltungsbereich

Diese Ordnung gilt für alle Studienbewerber_innen und Studierenden der BA Sachsen.

§ 2

Zulassung, Immatrikulation, Widerruf der Zulassung / Exmatrikulation

- (1) Studienbewerber_innen müssen sich zur Aufnahme des Studiums an der BA Sachsen einschreiben / immatrikulieren lassen.
- (2) Voraussetzung für die Immatrikulation ist die Studienzulassung zum gewünschten Studiengang durch den/die Direktor_in des jeweiligen Standortes der BA Sachsen.
- (3) Mit der Immatrikulation wird der/die Studienbewerber_in zum Studierenden an der BA Sachsen.
- (4) Das Studium an der BA Sachsen endet
 - frühestens mit Ablauf der Regelstudienzeit und spätestens mit Ablauf des Monats, in dem die letzte nach der Studien- und Prüfungsordnung zu erbringende Prüfungsleistung erfolgreich erbracht wurde,
 - nach dem Widerruf der Zulassung auf Antrag des Studierenden oder
 - nach dem Widerruf der Zulassung aus anderen Gründen.

§ 3

Festsetzung der Studienplatzkapazitäten

- (1) Die Abstimmung der Studienplatzkapazitäten an den Staatlichen Studienakademien und in den zugehörigen Einrichtungen der Praxispartner obliegt der Leitung der Studiengänge. Der/die Direktor_in der Staatlichen Studienakademie fasst sie zu einer Bedarfsanforderung getrennt nach Studiengängen zusammen und erarbeitet einen Vorschlag für die Planung der Studienplatzkapazität und leitet diese der Direktorenkonferenz zur Beschlussfassung zu.
- (2) Die Direktorenkonferenz der BA Sachsen beschließt gemäß § 25 Abs. 2 Nr. 16 SächsBAG unter Berücksichtigung der festgelegten Ausbauziele jährlich, spätestens acht Monate vor Studienbeginn, die Zahl der in der Staatlichen Studienakademie einzurichtenden Studienplätze getrennt nach Studienakademien.
- (3) Reichen die vorhandenen Studienplatzkapazitäten für die Zulassung aller Bewerber_innen nicht aus, muss die Zahl der Studienplätze je Praxispartner gemäß § 32 Abs. 2 Nr. 10 SächsBAG von dem/der Direktor_in der zuständigen Staatlichen Studienakademie begrenzt werden. Dies schließt auch die Möglichkeit der Versagung von Studienplätzen für einzelne Praxispartner für ein Studienjahr ein. Für das laufende Auswahlverfahren sind durch den/die Direktor_in in Zusammenarbeit mit dem/der jeweiligen Studiengangleiter_in entsprechende Kriterien und Fristen vor der Zuordnung der Studienplätze zu treffen und zu kommunizieren.
- (4) Ist eine Regelung nach Absatz 3 nicht möglich, erfolgt die Zulassung nach der Reihenfolge des Posteingangs der Zulassungsanträge.

§ 4 Zugang

- (1) Berechtigt zum Studium an der BA Sachsen ist, wer
 1. die allgemeine Hochschulreife besitzt,
 2. die Fachhochschulreife besitzt,
 3. die fachgebundene Hochschulreife besitzt,
 4. eine von der BA Sachsen als gleichwertig anerkannte Vorbildung besitzt,
 5. die Meisterprüfung erfolgreich abgelegt hat,
 6. einen Fortbildungsabschluss nachweisen kann, der den Anforderungen von § 17 Abs. 3 Nr. 2 bis 5 des Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes (SächsHSFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 3), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S.782) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, genügt und an einem Beratungsgespräch an der BA Sachsen teilgenommen hat oder
 7. einen anderen beruflichen Fortbildungsabschluss nachweisen kann, der den Anforderungen von § 17 Abs. 4 SächsHSFG genügtund mit einem Praxispartner einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen hat, der den von der Direktorenkonferenz nach § 25 Abs. 2 S. 2 Nr. 14 SächsBAG aufgestellten Grundsätzen für die Ausgestaltung des Vertragsverhältnisses entspricht. Die Bewerber_innen müssen über die erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen. Der Nachweis der fachgebundenen Hochschulreife berechtigt zum Studium in einem entsprechenden Studiengang.
- (2) Bewerber_innen, die nicht über eine Zugangsberechtigung nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bis 7 verfügen, können durch Bestehen einer Zugangsprüfung die Berechtigung zum Studium an der BA Sachsen erwerben, wenn sie eine Berufsausbildung abgeschlossen haben. Das Nähere zur Zugangsprüfung ist in der Ordnung über die Zugangsprüfung an der BA Sachsen geregelt.
- (3) Für den Zugang zum Studium kann zusätzlich auch der Nachweis einer berufspraktischen Ausbildung oder Tätigkeit entsprechend der jeweiligen Studienordnung verlangt werden.

§ 5 Zulassung

1. Die Zulassung kann erfolgen
 1. für einen Studiengang, der nach Maßgabe der Studien- und Prüfungsordnung zu einem berufsqualifizierenden Abschluss führt
 2. für weiterbildende Studiengänge entsprechend § 15 Abs.1 SächsBAG
 3. als Gasthörer entsprechend § 2 der Ordnung über die Gasthörerschaft an der BA Sachsen
- (2) Zum Studium kann durch die BA Sachsen gemäß § 10 Abs. 1 SächsBAG zugelassen werden, wer
 1. die Zugangsvoraussetzungen nach § 4 erfüllt,
 2. von einem Praxispartner im Rahmen der nach § 38 Abs. 2 Nr. 3 SächsBAG festgelegten Kapazität unter Vorlage des Ausbildungsvertrages zum Studium vorgeschlagen worden ist und
 3. die Erfüllung der im Zusammenhang mit der Zulassung entstehenden gesetzlichen Verpflichtung zur Zahlung von Gebühren oder Beiträgen nachweist.
- (3) Die Eignung der Praxispartner wird durch den Leiter des Studienganges gemäß § 38 Abs. 2 Nr. 4 SächsBAG im Rahmen des Verfahrens zur Anerkennung von Praxispartnern festgestellt. Die

Anerkennung als Praxispartner ist diesem schriftlich zu bestätigen. Das Verfahren zur Anerkennung als Praxispartner ist antragsgebunden. Näheres regelt die Ordnung über die Grundsätze für die Anerkennung als Praxispartner.

- (4) Für die Ausbildungsverträge nach § 5 Abs. 2 Punkt 2 sind die von der BA Sachsen herausgegebenen Muster zu verwenden, die aufgrund der Beschlussfassung über die Grundsätze der Ausgestaltung der Vertragsverhältnisse zwischen Studierenden und Praxispartnern durch die Direktorenkonferenz gemäß § 25 Abs. 2 Nr. 14 SächsBAG erstellt wurden.
- (5) Ausbildungsverträge, die vor der Anerkennung als Praxispartner nach Absatz 3 abgeschlossen werden oder nicht dem Muster nach Absatz 4 entsprechen, bedürfen der schriftlichen Anerkennung durch die Staatliche Studienakademie.
- (6) Die Laufzeit des Ausbildungsvertrages nach § 5 Abs. 2 Punkt 2 muss für die Dauer des Studiums gemäß § 12 Abs. 1 SächsBAG gelten.

Abschnitt 2: Zulassung von Studienbewerber_innen mit inländischem Bildungsabschluss

§ 6

Zulassungsverfahren

- (1) Studienbewerber_innen, die die Voraussetzungen nach § 4 erfüllen, müssen ihren Antrag auf Zulassung zum Studium an der jeweiligen Staatlichen Studienakademie einreichen, die das gewünschte Studienangebot durchführt. Der Antrag auf Zulassung kann frühestens ein Jahr vor dem beabsichtigten Studienbeginn eingereicht werden.
- (2) Für jeden Studiengang ist ein Zulassungsantrag zu stellen.
- (3) Für den Antrag auf Zulassung sind die vorgegebenen Formblätter der BA Sachsen zu verwenden. Der Antrag kann auf der Homepage heruntergeladen werden. Bewerbungen für ein höheres Fachsemester müssen schriftlich erfolgen.
- (4) Dem vollständigen und wahrheitsgemäßen Antrag auf Zulassung sind folgende Unterlagen beizufügen:
 - amtlich beglaubigte Kopie der Hochschulzugangsberechtigung, ggf. vorläufiges Zeugnis
 - Lichtbild
 - ein Exemplar des geschlossenen Ausbildungsvertrages (Original)
 - Nachweis der Krankenversicherung
 - ggf. Nachweis über eine Schwerbehinderung.
- (5) Können noch nicht alle geforderten Nachweise mit dem Zulassungsantrag vorgelegt werden, kann in begründeten Ausnahmefällen von der Staatlichen Studienakademie eine Nachfrist gewährt werden.

§ 7

Zulassungsbescheid

- (1) Über den Antrag auf Zulassung entscheidet der/die Direktor_in der jeweiligen Staatlichen Studienakademie nach Überprüfung der zu erbringenden Nachweise im Rahmen der nach § 3 Abs. 1 bis 3 festgelegten Studienplatzkapazitäten.
- (2) Die Zulassung erfolgt in der Regel für das erste Fachsemester. Der Einstieg in ein höheres Fachsemester setzt freie Studienplatzkapazitäten sowie entsprechend anrechenbare Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen voraus. Für die Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen finden die Regelungen der für den jeweiligen Studiengang geltenden Prüfungsordnung Anwendung.
- (3) Die Zulassung kann entsprechend § 10 Abs. 2 S. 2 SächsBAG versagt werden, wenn der/die Studienbewerber_in wegen einer vorsätzlich begangenen Straftat mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr rechtskräftig verurteilt worden ist, die Verurteilung noch der unbeschränkten Auskunft unterliegt und nach Art der Straftat eine Gefährdung oder Störung des Studienbetriebs zu befürchten ist.
- (4) Die Studienbewerber_innen und die Praxispartner werden über die Entscheidung der Staatlichen Studienakademie schriftlich informiert. Der/die Studienbewerber_in muss schriftlich erklären, dass er den ihm zugewiesenen Studienplatz annimmt. Geht diese Erklärung nicht ein, wird der Zulassungsbescheid unwirksam.

Abschnitt 3: Zulassung von Studienbewerber_innen mit ausländischem Bildungsabschluss

§ 8

Nachweis gleichwertiger ausländischer Bildungsabschlüsse

- (1) Bei ausländischen Bildungsnachweisen („im Ausland erworbenen schulischen Abschlüssen“) wird die Gleichwertigkeit dieser Vorbildung mit den deutschen Anforderungen für ein Studium an der BA Sachsen geprüft. Diesbezüglich ist ein eigener Antrag auf Anerkennung der Hochschulzugangsqualifikation (Vorlage der Zeugnisanerkennungsstelle) bei der Staatlichen Studienakademie zu stellen. Über die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse entscheidet die BA Sachsen entsprechend den Vorgaben der KMK-Beschlüsse. Die BA Sachsen kann vom Studienbewerber gemäß § 9 Abs. 4 S. 2 SächsBAG die Vorlage einer gutachterlichen Stellungnahme einer vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst anerkannten Gutachterstelle für ausländische Bildungsnachweise verlangen.
- (2) Sofern im Herkunftsland bereits an einer Hochschulaufnahmeprüfung teilgenommen bzw. ein Studium an einer Hochschule absolviert wurde, sind weiterhin folgende Unterlagen einzureichen:
 - Nachweis der ausländischen Hochschulaufnahmeprüfung,
 - ausländische Studiennachweise mit Studien- und Prüfungsleistungen (Fächer- und Notenübersicht),
 - ggf. die ausländische Abschlussbezeichnung in Form der Abschluss-Urkunde (z. B. Bachelor).
- (3) Grundsätzlich sind dem vollständig ausgefüllten Antrag folgende Unterlagen beizufügen:

- die im Ausland ausgestellten Bildungsnachweise / Abschlusszeugnis bzw. das Abgangszeugnis der zuletzt besuchten Schule,
 - Übersetzung dieser Dokumente durch eine/n beeidigte/n, von einem deutschen Gericht bestellte/n Übersetzer_in,
 - Kopie des Personalausweises, Passes oder Reisepasses
 - ggf. Vertriebenenausweis.
- (4) Sämtliche Unterlagen (Zeugnisse, Übersetzungen, Urkunden, Bescheide, etc.) sind in Form einer amtlich beglaubigten Kopie vorzulegen (keine Originale, keine unbeglaubigten Kopien).
- (5) Bei Zeugnissen bzw. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache verfasst worden sind, sind Übersetzungen von in Deutschland öffentlich bestellten und beeidigten Übersetzer_innen beizufügen.

§ 9

Nachweis der sprachlichen Studierfähigkeit

- (1) Entsprechend der Rahmenordnung über Deutsche Sprachprüfungen für das Studium an deutschen Hochschulen (Beschlüsse der HRK und der KMK in der Fassung vom November 2015, § 1 und § 2) ist die sprachliche Studierfähigkeit der Bewerber für eine Studienzulassung nachzuweisen.
- (2) Der Nachweis der erforderlichen Deutsch-Kenntnisse erfolgt in der Regel durch eines der folgenden Zeugnisse:
- DSH: Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienbewerber_innen (mindestens mit dem Gesamtergebnis DSH-2 bestandene DSH gilt als Nachweis für die uneingeschränkte Zulassung)
 - TestDaF: Test Deutsch als Fremdsprache (mindestens mit dem Ergebnis TDN 4 abgelegter TestDaF gilt als Nachweis für die uneingeschränkte Zulassung)
 - FSP: Prüfungsteil Deutsch der Feststellungsprüfung an Studienkollegs oder
 - DSD II: Deutsches Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz - Zweite Stufe.
- (3) Die aufgeführte Sprach-Prüfung kann entfallen, wenn:
- das Abitur an einer deutschsprachigen Schule abgelegt,
 - das Kleine bzw. Große Deutsche Sprachdiplom des Goethe-Instituts (vor 2012) bestanden,
 - die Zentrale Oberstufenprüfung des Goethe-Instituts (vor 2012) oder das Goethe-Zertifikat C2: Großes Deutsches Sprachdiplom (seit 2012) bestanden,
 - oder die Prüfung "telc Deutsch C1 Hochschule" bestanden wurde.
- (4) Der entsprechende Nachweis der bestandenen Sprachprüfung ist bei der Bewerbung um eine Studienzulassung an der Staatlichen Studienakademie einzureichen.

§ 10

Zulassungsverfahren / Zulassungsbescheid

- (1) Wird die Gleichwertigkeit des ausländischen Bildungsnachweises und der Nachweis der sprachlichen Studierfähigkeit durch Vorlage entsprechender Zeugnisse anerkannt, müssen die Bewerber_innen zusätzlich den Antrag auf Zulassung zum Studium an der jeweiligen Staatlichen Studienakademie einreichen, die das gewünschte Studienangebot durchführt. Der

Antrag auf Zulassung kann frühestens ein Jahr vor dem beabsichtigten Studienbeginn eingereicht werden.

- (2) § 6 Abs. 2 bis 5 sowie § 7 finden entsprechend Anwendung.
- (3) Wurde nachweislich die notwendige Sprachprüfung absolviert und liegt das endgültige Ergebnis darüber erst nach Studienbeginn vor, kann die Staatliche Studienakademie eine bedingte Studienzulassung für den Studienbeginn zum 1. Oktober erstellen. Das Prüfungsergebnis ist dann unverzüglich durch den/die Bewerber_in vorzulegen. Bei erfolgreichem Abschluss der Sprachprüfung wird die bedingte Zulassung in eine ordentliche Zulassung umgewandelt. Anderenfalls ist die bedingte Zulassung zu widerrufen und eine Studienfortsetzung ist nicht möglich.

Abschnitt 4: Immatrikulation / Exmatrikulation

§ 11

Immatrikulation

- (1) Die Einschreibung in das Studium erfolgt an der Staatlichen Studienakademie zum genannten Zeitpunkt unter Vorlage folgender Unterlagen:
 - Zulassungsbescheid,
 - Nachweis bestehender Krankenversicherung,
 - ggf. Nachweis über gezahlte Gebühren (z. B. Studentenwerk, etc.)
 - bei ausländischen Staatsangehörigen aus Nicht-EU-Staaten der Aufenthaltstitel / die Aufenthaltsbescheinigung,
 - ggf. weitere, mit dem Zulassungsbescheid geforderte Unterlagen.
- (2) Die Immatrikulation ist zu versagen, wenn der/die Studienbewerber_in die Erfüllung der im Zusammenhang mit der Zulassung entstehenden gesetzlichen Verpflichtung zur Zahlung von Gebühren oder Beiträgen nicht nachweist.

§ 12

Mitwirkungspflicht

Studienbewerber_innen und Studierende haben folgende Änderungen unverzüglich gegen über der BA Sachsen mitzuteilen:

- Änderung des Namens, der Anschrift bzw. der Staatsangehörigkeit
- Änderungen im Zusammenhang mit dem Praxispartner
- den Verlust des Studierendenausweises
- die Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr gemäß § 10 Abs. 2 S. 2 SächsBAG
- bei Nicht-EU-Bürgern Änderungen beim Aufenthaltstitel bzw. dessen Verlängerung
- krankheitsbedingte Abwesenheit vom Studienbetrieb sowie Abwesenheit aus anderen Gründen
- das Auftreten einer Krankheit, die die Gesundheit anderer Studierender ernstlich gefährden oder den Studienbetrieb beeinträchtigen könnte.

§ 13

Widerruf der Zulassung (Exmatrikulation)

- (1) Die Zulassung wird automatisch widerrufen, wenn das Studium erfolgreich beendet wurde.
- (2) Die Zulassung ist zu widerrufen, wenn
 1. der/die Studienbewerber_in die Erfüllung der im Zusammenhang mit der Zulassung entstehenden gesetzlichen Verpflichtung zur Zahlung von Gebühren oder Beiträgen nicht nachweist,
 2. der Studierende seine Pflichten nach § 12 Abs. 2 SächsBAG schwerwiegend oder wiederholt verletzt oder die Wahrnehmung der Aufgaben der BA Sachsen schwerwiegend oder wiederholt gestört hat oder
 3. eine nach der Studien- und Prüfungsordnung erforderliche Prüfungsleistung endgültig nicht erbracht hat.
- (3) Die Zulassung ist in der Regel zu widerrufen, wenn das Ausbildungsverhältnis des Studierenden mit einem Praxispartner beendet und nicht innerhalb von acht Wochen ein neuer Ausbildungsvertrag mit einem anderen Praxispartner abgeschlossen worden ist.
- (4) Die Zulassung kann widerrufen werden, wenn nach der Zulassung Tatsachen bekannt werden oder eingetreten sind, die zur Versagung der Zulassung geführt hätten.
- (5) Die Zulassung kann widerrufen werden, wenn der Studierende trotz Aufforderung oder Androhung der Exmatrikulation sein Studium nicht unverzüglich aufnimmt bzw. fortsetzt.
- (6) Wurden die Auflagen für eine bedingte Studienzulassung nicht erfüllt, ist die bedingte Zulassung ebenfalls zu widerrufen.
- (7) Begonnene Prüfungsverfahren enden nicht mit dem Widerruf der Zulassung und sind entsprechend zu Ende zu führen (Bestehen oder endgültiges Nichtbestehen).

§ 14

Verarbeitung personenbezogener Daten

- (1) Entsprechend § 44 SächsBAG bzw. der Sächsischen Berufsakademie-Datenverordnung SächsBADatVO darf die BA Sachsen im Rahmen des Zulassungsvorganges personenbezogene Daten ihrer Studienbewerber und Studierenden sowie Teilnehmer an Weiterbildungen verarbeiten, soweit dies für
 - den Zugang zum Studium und dessen Durchführung,
 - die Zulassung zu Prüfungen,
 - die Feststellung von Leistungen und Abschlüssen,
 - die Teilnahme an wissenschaftlich theoretischen und praktischen Studienphasenerforderlich ist. Näheres regelt die SächsBADatVO.
- (2) Die BA Sachsen kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben personenbezogene Daten der Praxispartner für die Regelung des Zugangs sowie die Durchführung des Studiums, der Prüfungen, sowie der Evaluierung verarbeiten, sofern der Praxispartner im Rahmen des Anerkennungsverfahrens in die Erhebung der Daten eingewilligt hat.

Abschnitt 6: Schlussbestimmungen

§ 15

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

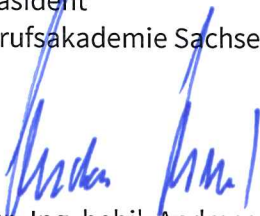
Diese Ordnung tritt am 01.04.2019 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Ordnung über die Zulassung zum Studium an der Berufsakademie Sachsen

- Staatliche Studienakademie Bautzen vom 01.07.2015
- Staatliche Studienakademie Breitenbrunn vom 26.09.2013
- Staatliche Studienakademie Dresden vom 10.06.2015
- Staatliche Studienakademie Glauchau vom 22.06.2015
- Staatliche Studienakademie Leipzig vom 26.04.2010
- Staatliche Studienakademie Plauen vom 01.10.2014
- Staatliche Studienakademie Riesa vom 05.06.2015

außer Kraft.

Glauchau, den 21.03.2019

Der Präsident
der Berufsakademie Sachsen



Prof. Dr.-Ing. habil. Andreas Hänsel